



Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) diskutieren in einer wöchentlichen Kolumne.
Quelle: Nik Egger/ade

Politik

Soll die Polizei weiter nach Hautfarbe fahnden?

Oriana Pardini (SP) und Mathias Müller (SVP) über den umstrittenen Beschluss des Fedpol.

[Oriana Pardini \(SP\)](#) | [Mathias Müller \(SVP\)](#)
Publiziert: 15. September 2025, 06:00 Uhr

Oriana Pardini: «Es geht auch um gesellschaftliche Haltung»

Als ich gefragt wurde, ob es richtig sei, dass das Bundesamt für Polizei (Fedpol) im nationalen Fahndungssystem Ripol die Hautfarbe künftig nicht mehr erfassen will, antwortete ich nicht sofort. Nicht weil mir das Thema egal wäre, sondern weil solche Fragen eine differenzierte Auseinandersetzung verlangen. Wer vorschnell urteilt, läuft Gefahr, das Niveau der Debatte auf Stammtischparolen zu reduzieren oder sie wird einmal mehr als Vorwand genutzt, gegen Menschen mit anderer Hautfarbe zu hetzen.

Warum also dieser Entscheid? Laut Fedpol spielt die Hautfarbe in der Praxis kaum eine Rolle. In weniger als einem Prozent der Personenbeschreibung wurde sie überhaupt erfasst. International, bei Interpol, wird sie gar nicht mehr verwendet, weil sie unpräzise und wenig hilfreich ist, zumal Fahndungen heute meistens mit Fotos ergänzt werden.

Präzisere Angaben wie Statur, Haarfarbe, Tattoos, Narben oder Bekleidung bleiben selbstverständlich erhalten. Auch Hinweise auf geografische Herkunft, also beispielsweise «asiatisch» oder «afrikanisch», so problematisch sie im Einzelfall sein mögen, liefern der Polizei weit mehr Anhaltspunkte. Die Debatte zeigt aber, es geht nicht nur um Polizeitechnik, sondern auch um gesellschaftliche Haltung. Racial Profiling ist in der Schweiz seit Jahren ein Thema.

Menschenrechtsorganisationen, UNO und der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte haben die Schweiz wiederholt kritisiert, weil Hautfarbe oder vermeintliche Herkunft bei Kontrollen eine unverhältnismässig grosse Rolle spielen. Der Entscheid des Fedpols ist damit auch ein Signal, dass man Diskriminierung nicht länger im System verankern will.

Natürlich gefällt das nicht allen. Doch die Fakten sprechen eine klare Sprache, wenn ein Merkmal fast nie genutzt wird, international keine Relevanz hat und gesellschaftlich diskriminierend wirken kann, warum daran festhalten? Die Streichung der Hautfarbe im Fahndungssystem ist von den Experten der Fedpol sachlich begründet, nachvollziehbar und darum vernünftig.

Mathias Müller: «Sprachverbote sind wie das Entfernen von Rauchmeldern»

Die Politik spielt ein gefährliches Spiel: Sie blendet die Realität aus, um ideologische Scheuklappen zu bewahren. Nirgends wird das deutlicher als im neuesten Plan, der Polizei bei Fahndungen die Nennung der Hautfarbe zu untersagen.

Dieser Vorschlag, die Hautfarbe bei Täterbeschreibungen zu streichen, ist keine Verbesserung, sondern eine gefährliche Farce. Eine Fahndung lebt von Präzision: Grösse, Kleidung, Geschlecht – und ja, auch Hautfarbe. Wer dieses essenzielle Merkmal entfernt, macht die Polizeiarbeit ineffizient und vergrössert den Kreis der Verdächtigen massiv. Das führt zu unnötigen Kontrollen und ist weder klug noch gerecht. Die eigentliche Frage lautet: Warum will man das? Es geht hier nicht um Diskriminierung, sondern um eine eiskalte ideologische Verschleierung. Kriminalität ist nicht gleichmässig verteilt – das zeigen Statistiken deutlich. Anstatt dieses Problem offen zu benennen, versucht man, es sprachlich zu kaschieren, in der Hoffnung, das Problem verschwinde, wenn man nicht mehr darüber spricht.

Dieses Denken entlarvt den linksozialistischen Kulturkampf in seiner Reinform: Sprache soll die unbequeme Realität übertünchen. Wer die Dinge beim Namen nennt, wird sofort als Rassist abgestempelt.

Doch so verliert die Politik das Vertrauen der Bevölkerung. Die Menschen wollen keine weltfremde Ideologie, sondern Sicherheit und gesunden Menschenverstand. Sie werden sich bei der nächsten Wahl ihr eigenes Urteil bilden.

Kriminalität bekämpft man mit Ehrlichkeit und klaren Fakten, nicht mit politisch korrekten Sprachregelungen. Alles andere ist ein Spiel mit der Sicherheit der Bürger. Sprachverbote sind wie das Entfernen von Rauchmeldern: Man blendet die Gefahr aus – doch das Feuer lodert weiter.

Wer hat recht?

Oriana Pardini

21%

Mathias Müller

69%

Beide

6%

Niemand

4%

97 Abstimmungen

Stand. 15. September 2025 / 21:49

Jeden Montag erscheint die Kolumne «Pardini vs. Müller», worin die SP-Grossrätin und der SVP-Grossrat jeweils eine Frage zu einem aktuellen Thema beantworten.

Mathias Müller (SVP) hat Jahrgang 1970 und lebt in Orvin; er ist Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK) und Vizepräsident der SVP-Fraktion im Grossen Rat. Müller ist Berufsoffizier und Psychologe.

Oriana Pardini (SP) hat Jahrgang 1998 und lebt in Lyss; sie Grossrätin seit 2024 und aktuell Präsidentin des Grossen Gemeinderats Lyss. Pardini ist Masterstudentin Rechtswissenschaften.

Hier noch der Link für alle, welche ein Abo haben: <https://ajour.ch/de/story/621811/soll-die-polizei-weiter-nach-hautfarbe-fahnden>

Stand Montag 15. September 2025 22:50

7 Kommentare

Marti Rolf

Als einer wie von Peter Wernli erwähnt "auch betroffener SP-Wähler" kann ich die Aussage von Oriana Pardini nur bestätigen, da solche Diskussionen spätestens nach ein paar Bierchen tatsächlich nicht mehr sooo fundiert, sondern doch eher emotional, relativ undifferenziert geleitet von persönlichen Erlebnissen und Befindlichkeiten, und weniger von neutralen Fakten ausgehend, ablaufen. Das hat indess nichts zu tun mit einem "beschränkten Niveau" der Menschen am Stammtisch, aber Alkohol ist halt einer faktenbasierten sachlichen Diskussion erfahrungsgemäss tatsächlich nicht wirklich förderlich!
1 Positiv / 1 Negativ

Peter Daniel Schultheiss

Polizeifahndung à la Frau Oriana Pardini (SP): Wenn es nach der Frau Oriana Pardini ginge, müsste die Schweizer Fahndung so aussehen: "Gesucht Mensch, die Schuhgrösse entspricht plusminus beiden Geschlechtern". Alles andere könnte als rassistisch/sexistisch betrachtet werden. Fazit: Wir haben zu viele Linksgrüne im System, die sich mit der Wahrheit viel zu sehr schwer tun, und sich am liebsten den Gesetzen der EU unterwerfen möchten. Ja, es ist der pure rot-grüne Woke-Wahnsinn!
6 Positiv. / 4 Negativ

Sabine Nonhebel

Ich bin begeistert, wenn Herr Müller schreibt: "Sprachverbote sind wie das Entfernen von Rauchmeldern». Danke, Herr Müller! Dass ich das von einem Mitglied der Partei lesen darf, die Gendern - in jedweder Form - verbieten will, erfüllt mich mit Hoffnung. Oder gilt dieser Satz nur in bestimmten, ausgewählten Fällen? Auch seine Fragestellung ist durchaus richtig: "Warum will man das?" Die faktenbezogene Antwort darauf liefert indes Frau Pardini: Weil es sowieso kaum praktiziert wird und die Fahndungsfotos diese Information liefern, sofern bekannt. Wo ist also eigentlich das Problem?
8 Positiv / 5 Negativ

Peter Wernli

"Wer vorschnell urteilt, läuft Gefahr, das Niveau der Debatte auf Stammtischparolen zu reduzieren", lautet eine Aussage von Frau Pardini. Wer also sein Feierabend-Bier am Stammtisch geniesst, verfügt gemäss Frau Pardini über ein beschränktes Niveau und ist somit nicht in der Lage, intelligente Gespräche über politische Themen zu führen. Von dieser herablassenden Aussage könnten auch SP-Wähler betroffen sein...
20 Positiv / 8 Negativ

Robert Kunz

Die Polizei muss mit Merkmalen fänden. Und die Hautfarbe ist nun mal ein Merkmal. Auch Pickel können eines sein. Und wenn das alles erfolglos ist, kommt das Photo. Wo ist das Problem?

31 Positiv / 2 Negativ

Dieter Stuck

Mit grossem Erstaunen und noch grösserem Befremden nehme ich einmal mehr von der Meinung von Frau Pardini Kenntnis.

28 Positiv / 8 Negativ

Reto Tschannen

@Dieter Stuck Mit Erstaunen und Befremden nehme ich erneut die realitätsfremden Aussagen von Herrn Müller zur Kenntnis. Aus der Streichung einer nicht mehr benötigten Angabe zur Personenbeschreibung wird der linksozialistische Klassenkampf. Dabei wurde die Nennung der Hautfarbe (weiss, braun, schwarz etc.) nicht mehr verwendet, weil sie deutlich weniger genau ist als die, nach wie vor vorhandene und genutzte, Herkunft (Mitteleuropäer, Slawe, Nordafrikaner, etc.) Ebenso befremdlich finde ich, dass solche Fakten, welche vom Fedpol kommuniziert wurden, von einigen Leuten einfach ignoriert werden.

5 Positiv / 7 Negativ